

# SPD demokratischer pressediens

P/XXVIII/78

19. April 1973

Ein Beispiel für ganz Europa

---

Brandt-Tito-Gespräche bestätigten gute Zusammen-  
arbeit

Seite 1 / 49 Zeilen

Adenauer-Erinnerungen für die CDU

---

Anmerkungen zum Thema der Militärblöcke

Seite 2 und 3 / 63 Zeilen

Kein "Modell" - aber Erfahrungshilfe

---

Die Arbeiterselbstverwaltung in Jugoslawien

Von Hans Matthöfer MdB

Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundes-  
minister für wirtschaftliche Zusammenarbeit

Seite 4 bis 6 / 122 Zeilen

Sonderbeilage: "Frau und Gesellschaft"

---

Chefredakteur: Dr. E. Eckert  
Verantwortlich für den Inhalt: A. Exler  
5300 Bonn 12, Heussallee 2-10  
Postfach: 120 408  
Presshaus 1, Zimmer 217-224  
Telefon: 22 80 37 - 38  
Telex: 668 846 / 668 847  
1.2. PPP D

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH  
5300 Bonn - Bad Godesberg  
Kölner Straße 108-112, Telefon: 7 66 11

### Ein Beispiel für ganz Europa

---

#### Brandt-Tito-Gespräch bestätigten gute Zusammenarbeit

Der offizielle Besuch eines deutschen Bundeskanzlers in Jugoslawien hat einen weiteren und wesentlichen Schritt auf dem Wege zur Verständigung und zur vertrauensvollen Zusammenarbeit zwischen Bonn und Belgrad markiert. Die Beziehungen zwischen beiden Staaten haben einen Höhepunkt erreicht, der aufhorchen lassen und ein Signal setzen muß als Beispiel der guten Zusammenarbeit zwischen zwei Staaten mit unterschiedlichen Gesellschaftssystemen.

Die Gespräche, die Bundeskanzler Willy Brandt mit dem jugoslawischen Präsidenten Josip Broz-Tito auf dessen Sommersitz auf der Adria-Insel Brioni und mit Ministerpräsident Bijedić in Belgrad geführt hat, erlaubten einen fruchtbaren Meinungsaustausch, der deutlich gemacht hat, daß die Bundesrepublik Deutschland und Jugoslawien auch in Zukunft entschlossen sind, so eng wie möglich zusammenzuarbeiten. Deutlich wurde demonstriert, daß beide Staaten trotz unterschiedlicher Positionen gerade in Fragen der praktischen Friedenspolitik weitgehend übereinstimmen. Als äußerst positiv hat sich während des viertägigen Besuches von Bundeskanzler Willy Brandt herausgestellt, daß es nichts gab, was die Delegationen konkret zu verhandeln hätten oder was zu unterschreiben gewesen wäre. So konnte in einer Art Tour d'horizont über die politische Entwicklung der letzten Jahre gesprochen werden. Schwerpunkte hierbei waren bi- und multilaterale Fragen, bei deren Beurteilung weitgehend Übereinstimmung erzielt werden konnte. Allerdings kamen auch noch offene Fragen ins Gespräch, wie etwa die der Wiedergutmachung. Hier gelang es nach einer kurzen Verstimmung in einem Direktgespräch zwischen Brandt und Tito zu einer beide Seiten befriedigenden Lösung zu kommen. Das Problem wird durch eine langfristige Wirtschaftskooperation geregelt werden.

Bundeskanzler Willy Brandt konnte während seines Jugoslawien-Besuchs feststellen: "Was unsere beiden Staaten trennt, wiegt geringer als das, was uns verbindet: vor allem unser gemeinsamer Wille, den europäischen Frieden zu schützen und zu befestigen." Ohne Frage haben der Besuch des Bundeskanzlers und die gute Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik und Jugoslawien seit der Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen im Jahre 1968 beide Staaten näher gebracht. Das Zusammentreffen Brandts mit Tito setzte neue Impulse für die deutsch-jugoslawische Zusammenarbeit. Jetzt gilt es, diese Impulse aufzugreifen und in praktische Politik umzusetzen.

Der Besuch des Bundeskanzlers auf Brioni und in Belgrad, aber auch die beispielhafte Zusammenarbeit beider Staaten haben deutlich gemacht, daß Staaten mit unterschiedlichen Gesellschaftssystemen sehr wohl gute Kontakte untereinander haben können. Diese guten Beziehungen zwischen Bonn und Belgrad sind nicht ausschließlich Angelegenheit beider Staaten allein. Sie gehen über den bilateralen Rahmen hinaus und bilden einen konkreten Beitrag zur Auflockerung der Spannungen in Europa. Sie könnten beispielhaft sein für die friedliche Zusammenarbeit aller europäischen Staaten.

Gode Japs  
(-/19.4.1973 bgy/ex)

Adenauer-Erinnerungen für die CDU

Anmerkungen zum Thema der Militärblöcke

Die Unions-Parteien nehmen, weil es ihnen an Argumenten fehlt, Zuflucht zu unredlichen politischen Manövern. Die Frage des Parlamentarischen CDU-Fraktionsgeschäftsführers Olaf von Wrangel, die auf einen angeblichen Plan des Unterhändlers der Bundesregierung in Ostfragen, Egon Bahr, zielt, gehört leider dazu. Der damalige Staatssekretär und heutige Bundesminister Bahr soll in einer schriftlich fixierten Überlegung, die er vor etlichen Jahren angestellt habe, unter anderem auch die Auflösung der NATO überdacht haben. Dies habe der Direktor des Instituts für außenpolitische Forschung in Washington, Prof. Walter Hahn, mitgeteilt. Wir kennen die authentischen Darlegungen des amerikanischen Forschers noch nicht und auch nicht die von ihm benutzten Quellen. Aber wir wissen - und Olaf von Wrangel weiß dies auch -, daß die Frage der Auflösung der NATO seit fast zwei Jahrzehnten zum ständigen Inventar der politischen und diplomatischen Gespräche über die Entwicklung der Ost-West-Beziehungen in der Welt gehört. Weshalb also jetzt eine solche Anfrage im Parlament? Doch wohl aus keinem anderen Grunde als dem, Verdächtigungen zu erzeugen und Unterstellungen Raum zu geben.

In der Bundesrepublik hätten frühere Regierungen - wenn sie gewollt hätten - bereits 1955 in Washington hören können, daß nach dem Scheitern der Genfer Außenministerkonferenz im Herbst jenes Jahres der damalige amerikanische Außenminister Dulles im State Department seine Beamten von der Möglichkeit und von der Notwendigkeit der Flexibilität der Politik sprechen und in dieser Verbindung auch die Frage der Zugehörigkeit der Bundesrepublik Deutschland zur NATO für den Fall als besprechenswert bezeichnen ließ, in dem sich herausstellen sollte, daß diese Zugehörigkeit Deutschlands eine flexible Politik der Annäherung unmöglich machen

sollte. Der Bundeskanzler jener Jahre der ständigen Täuschungen und Versäumnisse, Konrad Adenauer, hat dann - freilich erst fünf Jahre später! - am 6. April 1960 im Deutschen Bundestag in seiner Art zu sagen gewußt: "Wenn wir eines Tages zu einer Verständigung mit Sowjetrußland kommen - und ich hoffe, daß wir dies mit viel Geduld erreichen werden -, werden Warschauer Pakt und NATO der Vergangenheit angehören... Das sind doch keine Ewigkeitsinstitutionen".

Adenauer hat in vertraulichen Gesprächen, die er auch mit politischen Gegnern zuweilen in verbüßender Offenheit führte, vor dieser Parlamentsrede und nach ihr diesen Gedanken einer neuen Orientierung der gesamten Politik noch erheblich freimütiger behandelt, worüber ein anderes Mal zu berichten wäre.

Eine Verständigung mit der Sowjetunion ist erreicht, und ein Ausbau vertraglicher Vereinbarungen obliegt nun beiden Seiten, um über normale Beziehungen hinaus zu guten Verbindungen zu gelangen. Wer Störmanöver für einen möglichen Beitrag hält, hilft den Gegnern friedlicher Entwicklung. Die Sozialdemokraten haben auf ihrem Parteitag in Hannover eindeutig und einmütig die NATO-Zugehörigkeit der Bundesrepublik bejaht. Es wäre im Interesse des Friedens in der Welt, wenn eine fortschreitende Annäherung dazu führen würde, daß neue Vereinbarungen bisherige fortschrittlich überholen, daß die begonnene Bewegung in der Politik nicht erstartet und daß jene "Politik der Suche nach Einigungen" fortgesetzt wird, von der der damalige Botschafter der USA, George C. Mc Ghee, am 28. Februar 1964 in einem grundsätzlichen Vortrag über die "Ost-West-Beziehungen heute" in Bad Godesberg gesprochen hat.

Vielleicht bringt der amtierende Vorsitzende der CDU von seiner Amerika-Reise eine Erinnerung an diese politische Grundlinie mit, die vor allem auch und führend von den Vereinigten Staaten, der zentralen Kraft der NATO, unentwegt und souverän verfolgt wird. Wir meinen, er könnte sie dort gehört haben.

Fritz Sänger

19.4.1973/ks/ex

Kein "Modell" - aber Erfahrungshilfe

Die Arbeiterselbstverwaltung in Jugoslawien

Von Hans Matthöfer MdB

Parlamentarischer Staatssekretär beim  
Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit

Die Forderung nach Arbeiterselbstverwaltung ist so alt wie die Arbeiterbewegung selbst. Die in dieser Hinsicht erzielten Erfolge blieben bisher jedoch recht bescheiden. Allgemein ist wohl festzustellen, daß bisher in keinem entwickelten kapitalistischen Industriestaat ein bedeutsamer Durchbruch erzielt werden konnte. Auch die sozialistischen Industriestaaten wollen offensichtlich die Antwort auf die Selbstverwaltungsfrage erst zu einem noch nicht näher bezeichneten Zeitpunkt nach erfolgter Industrialisierung geben. Eine Ausnahme hiervon bildet nur Jugoslawien, und vielleicht China, woher Informationen allerdings nur sehr spärlich und unzureichend fließen.

In Deutschland machte man mit dem Prinzip der Arbeiterselbstverwaltung in der kurzen revolutionären Phase nach dem Ersten Weltkrieg einige kurzlebige Erfahrungen. Doch die kapitalistischen Kräfte erwiesen sich gesamtgesellschaftlich als stärker und machten die deutsche Räte-Praxis zur Episode. Erst nach 1945 bot sich für die deutsche Gewerkschaftsbewegung wieder eine Situation, in der sie an die Selbstverwaltungsidee anknüpfen konnte. Bescheidenes Ergebnis des erneuerten Kampfes war die paritätische Mitbestimmung in den Großunternehmen des Bergbaus sowie der Eisen- und Stahlindustrie. Die Ausdehnung dieses Modells auf alle Großunternehmen der Bundesrepublik steht gerade heute wieder auf einem prominenten Platz der politischen Tagesordnung.

Es ist selbstverständlich, daß westdeutsche Gewerkschafter und sonstige Interessierte in den letzten zwei Jahrzehnten mit einiger Aufmerksamkeit alle Entwicklungen in der Welt verfolgt haben, die zur Unterstützung der eigenen Anstrengungen bzw. zur Klärung offener Detailfragen herangezogen werden könnten. Es ist kein Geheimnis, daß das "jugoslawische Experiment" in dieser Diskussion eine hervorragende Rolle spielte und noch spielt.

In der Bundesrepublik betrachten wir die bisher erkämpften Mitbestimmungsrechte als kleine Schritte auf dem Weg zur Demokratisierung der Wirtschaft und damit zur Selbstbestimmung der Lohnabhängigen. Unter den Bedingungen einer kapitalistischen Gesellschaftsordnung ist jeder Mitbestimmungs- bzw. Selbstbestimmungs-Fortschritt zugleich Interessenkampf und Beitrag zu einem vernünftigeren Modell der gesellschaftlichen Beziehungen. Hinsichtlich des unmittelbaren Kampfaspektes können wir aus den Erfahrungen in anderen Staaten nur sehr bedingt lernen. Hier hängt

alles von der Kraft, Flexibilität und politischen Phantasie der westdeutschen Gewerkschaftsbewegung sowie der Sozialdemokratie ab.

Hinsichtlich der Gestaltung eines optimalen Selbstverwaltungsmodell gewinnen ausländische Erfahrungen jedoch auch bei uns immer mehr an Bedeutung. So lohnt es sich wohl immer zu prüfen, ob irgendwo anders entwickelte Bausteine in das eigene Modell übernommen werden können. Stellt man unter diesem Gesichtspunkt z.B. Beziehungen zwischen der jugoslawischen Arbeiterselbstverwaltung und der westdeutschen Mitbestimmung her, so sind die Lernchancen für letztere evident. Hierbei ist es von unserem Standpunkt aus nicht unbedingt erforderlich, zwischen den positiven Errungenschaften der jugoslawischen Arbeiterselbstverwaltung und den Pehlschlägen bzw. ungelösten Problemen streng zu unterscheiden; zu lernen ist aus allen Erfahrungen. Ich möchte im folgenden aus meiner Sicht einige dieser Errungenschaften und Probleme kurz anführen.

Ein Baufundament des jugoslawischen Selbstverwaltungssystems stellt die verfassungsrechtliche Regelung des Verhältnisses von Eigentum und Verfügung dar; jene Regelung also, die jedem, der an Produktionsmitteln arbeitet, auch das Verfügungsrecht über diese Mittel einräumt - und damit die verhängnisvolle Trennung von Eigentum (plus Verfügung) und lebendiger Arbeit aufhebt. Die jugoslawischen Erfahrungen lehren uns, daß damit nicht alle Hindernisse ausgeräumt sind, die der vollen Entfaltung von Selbstverwaltungsbeziehungen entgegenstehen, aber ohne dieses Fundament könnten andere Bauweisen längst nicht so zielstrebig erprobt werden.

Bei der praktischen Umsetzung dieses großartigen Auftrags, den die jugoslawische Verfassung enthält, ergeben sich jedoch offenbar zentrale, oft diskutierte Fragen und Probleme: Wie sind die gesellschaftlichen und die Interessen der einzelnen am besten in Übereinstimmung zu bringen? Wieweit soll der Markt das wirtschaftliche Geschehen lenken? Darf er das planvolle Handeln der Selbstverwaltungs-Kollektive zunichte machen? In welchem Verhältnis stehen Entwicklung der Technik und Selbstverwaltungsprinzip zueinander? Brauchen die sich selbst verwaltenden Betriebskollektive noch eine separate Gewerkschaftsorganisation? Das sind nur einige zentrale Problemkomplexe.

In der allgemeinsten Form ließe sich die Grundfrage wohl so formulieren: Wie sind unter gegebenen Bedingungen die vielfältigen Interessen und Notwendigkeiten in der Selbstverwaltungsgesellschaft politisch, sozial, wirtschaftlich, technisch so zu organisieren, daß eine optimale Entwicklung und demokratische Entfaltung aller gewährleistet wird? Die allgemeinste Antwort auf die Frage nach der optimalen Gestaltung der Selbstverwaltung als Modell zugleich wirksamer und demokratischer Entscheidungsfindung wäre sicherlich: In allen Bereichen und auf allen Ebenen sind die dort anstehenden

Entscheidungen von den jeweils Beteiligten und Betroffenen zu fällen.

Es leuchtet ein, daß ein Maschinenarbeiter alleine keine optimale Investitionsentscheidung für den ganzen Betrieb treffen kann. Ebenso leuchtet ein, daß ein Betriebsdirektor alleine keine vernünftige Entscheidung für die Gestaltung des Arbeitsplatzes treffen kann, an dem der Maschinenarbeiter tätig ist. Hierzu liefert die jugoslawische Arbeiterselbstverwaltung Erfahrungen, die durchaus verallgemeinert werden können. Doch daran schließen sich weitere Fragen, z.B.: Auf welcher Ebene sind Investitionsentscheidungen von welchen Beteiligten optimal zu treffen?

Mir scheint, daß viele Fragen dieser Art in Jugoslawien noch nicht hinreichend beantwortet worden sind. Vermutlich ist jugoslawischen Theoretikern und Praktikern zuzustimmen, die meinen, daß zwar einige, aber nicht alle Investitionsentscheidungen auf Unternehmensebene zu fällen sind. Ich bezweifle sogar, daß über die Verteilung der persönlichen Einkommen auf Betriebs- bzw. Unternehmensebene gültig entschieden werden kann. Dagegen könnte eingewendet werden, daß dieser Komplex unbedingt zur Souveränität eines jeden einzelnen Arbeitskollektivs gehöre. Doch auf welcher Ebene der Produktionsorganisation erlangen die Werktätigen ihre volle Souveränität? Manche Betriebe sind hinsichtlich ihrer relativen Größe und Bedeutung ja recht zufällige Gebilde. Ähnliche Überlegungen wären auch angesichts vieler anderer Fragen anzustellen.

Bei uns wird zuweilen die Frage diskutiert, ob das "jugoslawische Modell" auf die Bundesrepublik übertragbar sei. Die Antworten bleiben stets nichtssagend, und dies offensichtlich, weil die Frage politisch und theoretisch falsch gestellt ist. Historisch dürfte es für eine Gesellschaft nie darum gehen, ob sie ein anderswo entwickeltes Modell "übernehmen" will oder nicht, sondern darum, ob sie ihre ureigensten Probleme mit in anderen Gesellschaften gemachten Erfahrungen gezielter und unter Vermeidung von Umwegen und Irrwegen lösen kann. Unter diesem Gesichtspunkt haben allerdings die unter ganz anderen, weitgehend nicht vergleichbaren Umständen gemachten Erfahrungen der jugoslawischen Arbeiterselbstverwaltung für uns mehr als nur akademische Bedeutung.

(Dieser Beitrag erscheint am 1. Mai in der jugoslawischen Tageszeitung "Dejlo").

(-/ 19.4.1973/ks/ex)